

BR/GT I/95 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 12. Januar 1971
BR/GT I/95/71

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage eine Aufzeichnung der niederländischen Delegation zu den Artikeln 22 bis 29 des Ersten Vorentwurfs eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren, die diese in der Sitzung vom 30. November bis 2. Dezember 1970 in Aussicht gestellt hatte.

BR/GT I/95 d/71 cs

Bemerkungen zu den Artikeln 22 - 29 des Ersten Vorentwurfs
eines Uebereinkommens über ein Europäisches Patentertei-
lungsverfahren

(Die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens)

Im Dokument vom 27. November 1970, BR/GT I/85/70, hat die niederländische Delegation eine These entwickelt zu den Artikeln 22 bis 29 des Ersten Vorentwurfs. Die niederländische Delegation möchte ihre Aufzeichnung nochmals kurz zusammenfassen und diese in einigen Punkten ergänzen. Sie wird auch in diesem neuen Dokument einen Vorschlag machen zu den Artikeln 22 bis 29.

Nach dem Ersten Vorentwurf eines Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren führt das Verfahren zur Erteilung eines europäischen Patents, das jedoch kein einheitliches Recht bildet, sondern eine Reihe von nationalen Rechten. Ganz eindeutig unterliegen diese nationalen Rechte den betreffenden nationalen Bestimmungen (Artikel 2 Absatz 2).

Bevor das europäische Patenterteilungsverfahren abgeschlossen ist, gibt es nur eine europäische Patentanmeldung. Wie schon gesagt, führt aber das Patenterteilungsverfahren zur Erteilung einer Reihe von nationalen Rechten. Daraus ergibt sich, dass während des Erteilungsverfahrens in jedem Staat, für den die Anmeldung gilt, ein bedingtes nationales Recht besteht. Daneben gewährt gemäss Artikel 19 die Patentanmeldung in jedem benannten Staat einen Schutz gemäss dem nationalen Recht.

Artikel 22 Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass die europäische Patentanmeldung für einen oder mehrere der benannten Staaten übertragen werden kann oder Gegenstand von Rechten sein kann. Diese Bestimmung geht davon aus, dass aus der europäischen Patentanmeldung in jedem einzelnen der benannten Staaten ein individuelles nationales Recht entsteht. Sonst hätte die Uebertragung für einen oder mehrere Staaten keinen Sinn.

All dieses betrifft nicht die Patentanmeldung auf verwaltungstechnischer Ebene. Artikel 22 Absatz 1 Satz 2 bestimmt, dass eine Uebertragung in keinem Fall die Einheit der Anmeldung im Verfahren vor dem europäischen Patentamt beeinträchtigt. Auf verwaltungstechnischer Ebene besteht eine Einheit, die niemals durchbrochen oder aufgehoben werden kann.

Wir betrachten jetzt die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens. Wie gesagt gehen wir davon aus, dass die Patentanmeldung in dieser Hinsicht in jedem benannten Staat ein gesondertes nationales Recht entstehen lässt.

Daraus ergibt sich, dass die Patentanmeldung auf privatrechtlicher Ebene eine Reihe oder ein Bündel von nationalen Rechten bildet. In diesem Sinne ist es logisch, auf diese Rechte in jedem der benannten Staaten das nationale Recht des betreffenden Staates anzuwenden. Dies entspricht den Vorstellungen auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts, wonach Erfindungspatente und Patentanmeldungen der "lex rei sitae" unterliegen, d.h. dem Recht des Staates, in dem die Patente erteilt oder die Anmeldungen eingereicht worden sind und für den sie also gelten.

Die niederländische Delegation möchte weiter darauf hinweisen, dass es nach ihrer Auffassung auch notwendig ist, dass das Recht aus dem Patent und das Recht aus der Patentanmeldung - beide als Gegenstand des Vermögens - denselben Bestimmungen unterliegen. Diese Lösung ist nur zu erreichen, wenn man von der These ausgeht, dass nicht nur das europäische Patent, sondern auch die europäische Patentanmeldung ein Bündel von nationalen Rechten bildet. Eine andere Auffassung könnte zu unlösbaren Schwierigkeiten führen, wie im zweiten Teil dieser Aufzeichnung auseinandergesetzt werden soll.

Die Folgerung ist also, dass die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens in jedem benannten Staat dem Recht dieses Staates unterliegt, d.h. dem nationalen Recht über Erfindungspatente.

Es stellt sich jetzt die Frage, wie dieser Gedanke im Uebereinkommen durchgeführt und ausgearbeitet werden soll. Die niederländische Delegation sieht die folgenden Möglichkeiten:

1. Man kann der Auffassung sein, dass sich dieser Grundsatz eindeutig aus dem System des Uebereinkommens ergibt und dass es infolgedessen nicht notwendig ist, ihn ausdrücklich im Uebereinkommen festzulegen. Diese Auffassung ist nicht praktikabel.
2. Im Uebereinkommen wird eindeutig festgelegt, dass die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens in jedem benannten Staat dem nationalen Recht über Erfindungspatente unterliegt.

3. Man könnte versuchen, im Uebereinkommen das nationale Recht, das auf die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens anwendbar ist, zu unifizieren. Mit anderen Worten, man könnte versuchen, für die Uebertragung, das Pfandrecht usw. einheitliche Bestimmungen zu schaffen. Diese Lösung wäre aus systematischen und juristischen Gründen vorzuziehen. Es ist aber sehr zu bezweifeln, ob sie durchführbar ist, weil sie einen tiefgreifenden Eingriff in das Zivilrecht der Vertragsstaaten bedeutet. Eine Ausnahme gilt vielleicht für die Uebertragung der Patentanmeldung. Das Treffen einer unifizierten Regelung für die Uebertragung braucht nach der Meinung der niederländischen Delegation an praktischen Schwierigkeiten nicht zu scheitern.

Die niederländische Delegation schliesst sich daher der unter 2 genannten Lösung an und macht folglich den folgenden Vorschlag zu den Artikeln 22 bis 28b:

Die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

Artikel 22

- (1) Unverändert.
- (2) Absatz 2 wird im Artikel 28b geregelt.

Artikel 22a

Anwendbares Recht

Soweit in diesem Uebereinkommen oder in einem besonderen Uebereinkommen nach Artikel 8 nichts anderes bestimmt ist, unterliegt die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens in jedem benannten Vertragsstaat und mit Wirkung für : diesen Staat dem Recht, das in diesem Vertragsstaat für eine nach nationalem Recht über Erfindungspatente eingereichte Patentanmeldung gilt.

Artikel 23

Uebertragung der europäischen Patentanmeldung

(1) Die europäische Patentanmeldung wird durch eine schriftliche Erklärung, die der Unterschrift der Parteien bedarf, übertragen.

(2) }

(3) } Unverändert

(4) }

Artikel 24 - 27

Entfallen

Artikel 28

Unverändert.

Artikel 28a neu

Unverändert.

Artikel 28b

Sonderregelung für Vertragsstaaten eines besonderen
Uebereinkommens

Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8 Gebrauch gemacht hat, kann sie vorschreiben, dass die europäische Patentanmeldung, soweit für sie diese Vertragsstaaten benannt sind, nur für alle diese Vertragsstaaten und nur nach den Bestimmungen des besonderen Uebereinkommens übertragen, belastet und Zwangsvollstreckungsmassnahmen unterworfen werden kann.

o

o

o

Daneben gibt es noch die Frage, ob man Artikel 29 beibehalten soll. Es handelt sich dabei um eine Frage des internationalen Privatrechts.

Wie im Dokument BR/GT I/85/70 vom 27. November 1970 schon auseinandergesetzt worden ist, ist der Absatz 2 dieses Artikels ausgerichtet auf ein einheitliches Recht. Wenn man davon ausgeht, dass die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens ein Bündel von nationalen Rechten bildet, führt die Anwendung dieses Absatzes zu grossen Schwierigkeiten. Die niederländische Delegation hat das schon in dem obengenannten Dokument dargestellt (Seiten 5 und 6).

Die niederländische Delegation möchte im Anschluss daran nochmals betonen, dass es notwendig ist, dass das europäische Patent und die europäische Patentanmeldung - beide als Gegenstand des Vermögens - demselben Recht unterliegen, d.h. dem Recht des betreffenden benannten Staates. Sonst wäre es denkbar, dass es Fälle gibt, in welchen die Patentanmeldung z.B. nach dem Recht des Staates A verpfändet ist und das später erteilte Patent dem Recht des Staates B unterliegt. Nach der jetzigen Fassung des Absatzes 2 ist das jedoch möglich. Dieser Absatz bestimmt nämlich: "Soweit das internationale Privatrecht auf die *lex rei sitae* verweist, ist das Recht des Vertragsstaates anzuwenden, in dessen Gebiet der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat ...". Diese "*lex rei sitae*" kann manchmal nicht in Einklang stehen mit der normalen "*lex rei sitae*". Ziemlich häufig hat der Anmelder seinen Wohnsitz nicht in dem Staat, wo das Rechtsgeschäft (die Verpfändung, Niessbrauch, die Zwangsvollstreckung) durchgeführt werden soll, also nicht in dem betreffenden benannten Staat. Nehmen wir das Beispiel,

dass der Anmelder seinen Wohnsitz in Staat A hat und seine Anmeldung für Staat B verpfändet; dann unterliegt die Verpfändung nach den Bestimmungen des Absatzes 2 des jetzigen Artikels 29 dem Recht des Staates A. Wenn später das Patent erteilt worden ist, unterliegt aber das Recht aus diesem Patent dem Recht des Staates B. Die niederländische Delegation fragt sich, ob das nicht zu unlösbaren Schwierigkeiten führen wird.

Aus all diesem geht hervor, dass Artikel 29 Absatz 2 zu streichen ist.

Das Bedenken gegen Artikel 29 Absatz 1 ist weniger schwerwiegend. Wenn man davon ausgeht, dass die europäische Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens dem Recht des betreffenden Staates unterliegt, hat der erste Absatz nur die Bedeutung einer Art Kodifizierung von allgemeinen Regeln des internationalen Privatrechts. Der Absatz kann aber trotzdem gestrichen werden, weil er nichts Neues bringt und die in diesem Absatz kodifizierten Regeln auch ohnedies gelten. Wenn man den Absatz beibehalten will, wäre allerdings zu prüfen, ob die Überschrift nicht geändert werden sollte, damit klar zum Ausdruck kommt, dass es sich in diesem Artikel nur um eine Kodifizierung allgemeiner Regeln des internationalen Privatrechts handelt.

Zum Schluss möchte die niederländische Delegation darauf hinweisen, dass sie anerkennt, dass es sich in den Artikeln 22 bis 29 um eine Materie handelt, für die weitgehend die Justizministerien zuständig sind. Trotzdem ist die Delegation der Auffassung, dass die Arbeitsgruppe die betreffenden Fragen noch erörtern sollte. Ihrer Meinung nach ist es unerwünscht, die betreffenden Artikel in der jetzigen Fassung zu veröffent-

lichen und danach den Justizministerien vorzulegen. Denn augenblicklich sind die Artikel noch unklar und weisen Mängel auf. Jedenfalls wäre es nach der Meinung der niederländischen Delegation nützlich, dass die Arbeitsgruppe sich zu der Frage äussert, ob die europäische Patentanmeldung in privatrechtlicher Hinsicht eine Einheit ist oder ob sie ein Bündel von nationalen Rechten bildet.
